

## Die dringendsten Forderungen

G.K. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und eine Delegation des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes stellten in Würdigung der Vorgänge in Zürich einige dringliche Forderungen an den Bundesrat zur Milderung des Notstandes, wie: Sofortige Beschlagnahme der Kartoffelvorräte und Reduktion der geltenden Verkaufspreise, Verhinderung weiterer Brotpreisaufschläge, ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch, einheitliche Durchführung der Bestandesaufnahme von Lebensmitteln bei Privaten, Herabsetzung des Holzpreises und Verkaufszwang.

Eine Delegation, bestehend aus den Genossen Emil Klöti, Zürich, Oskar Schneeberger und Karl Dürr, Bern, begründete die Forderungen an einer Konferenz mit dem Bundesrat, an welcher anwesend waren die Herren Bundesräte Calonder und Motta, Oberst Zuber, Oberkriegskommissar, Dr. Käppeli und Dr. Stucki.

Es wurde erklärt, die Requisition von Kartoffeln sei bereits angeordnet, eine Bestandesaufnahme werde bei Produzenten und Konsumenten auf 10. Januar stattfinden (Seither wurde bekannt, dass der Termin nicht früher gesetzt werden kann, weil das nötige Quantum Papier nicht früher lieferbar sei). Die Frage der Lieferung von Kartoffeln zu reduzierten Preisen werde erwogen.

Eine weitere Erhöhung der Brotpreise sei nicht geplant und werde die nächsten Monate nicht zu erwarten sein.

Die Beschlagnahme und Rationierung der Milch und die Einführung der Fettkarte mit Bestandesaufnahme auch in den Haushaltungen sei bevorstehend.

Die Einführung eines Höchstpreises für Holz sei für den Bund unmöglich. Man möge sich dieserhalb an die Kantonsregierungen wenden, die in manchem mehr tun könnten.

In der Brennholzfrage dürfe die Regelung, die der Kanton Neuenburg vorgenommen habe, als vorbildlich empfohlen werden.

In der Frage der Wehrmannsunterstützung sei beschlossen worden, die freiwilligen Zuwendungen der Unternehmer in Zukunft nicht mehr in Abzug zu bringen. Auf diesen Beschluss seien die Genossen ganz besonders aufmerksam gemacht. Er genügt natürlich nicht und es muss weiter daraufhin gewirkt werden, dass die Unterstützungsansätze erhöht werden.

Ganz besonders schwierig gestalten sich die Verhältnisse bei der Brennstoff(Holz)frage und bei der landwirtschaftlichen Produktion, weil es hier zum Teil an Arbeitskräften fehlt, im allgemeinen aber die Bezahlung der Arbeiter sehr schlecht ist. Der Bundesrat berät darüber, wie hier abgeholfen werden kann. Wir selber werden mit unserer Ansicht nicht zurückhalten, wenn die Frage zur Behandlung steht.

Strassenbahner-Zeitung, 1917-12-14.

SGB > Lebensmittelversorgung. 1917-12-14.doc.